

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Fernwärmeleitung: Alternative Trassen umfassend prüfen!

Das Energieversorgungsunternehmen swb plant aktuell den Bau einer Fernwärmeleitung zwischen der Universität Bremen und der Vahr. Da das Kohlekraftwerk in Hastedt, an das das Fernwärmenetz im Bereich Hastedt/Vahr derzeit angeschlossen ist, perspektivisch abgeschaltet werden soll, muss ein Ersatz für die Warmwassererzeugung gefunden werden. Geplant ist, die Fernwärmeerzeugung der Müllverbrennungsanlage in Findorff auszuweiten und eine neue Fernwärmeleitung bis zum Anschlusspunkt in Höhe des Gaskraftwerks Vahr zu bauen. Durch die neue Fernwärmeleitung können bis zu 100.000 Tonnen klimaschädliches CO₂ pro Jahr eingespart werden. Die von der swb bevorzugte Trassenführung stößt in den betroffenen Stadtteilen allerdings auf Kritik. Insbesondere bei einem Verlauf entlang der Kulkampffallee wird eine umfangreiche Fällung von Bäumen befürchtet und daher kritisch gesehen. Um Auswirkungen auf Anwohnerinnen und Anwohner sowie auf die Umwelt möglichst zu begrenzen, müssen alle denkbaren alternativen Trassenverläufe geprüft werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft hält es für geboten, dass die swb sämtliche von ihr geprüften Trassenvarianten und deren Prüfkriterien umfänglich und transparent öffentlich zugänglich macht, insbesondere die geprüften Verläufe entlang der A 27 und entlang Universitäts- und H.-H.-Meier-Allee.
2. Dabei ist dafür Sorge zu tragen, dass sämtliche alternativen Trassenverläufe, die auf AnwohnerInnenversammlungen und Beiratssitzungen vorgetragen wurden und noch vorgetragen werden, zeitnah, transparent und nachvollziehbar in die Variantenplanungen mit einbezogen werden.
3. Es soll geprüft werden, ob Bohrungen zum Verlegen der Fernwärmeleitung über längere Strecken möglich sind, um die Auswirkungen auf Straßenbaustellen und Bäume zu minimieren.
4. Die Stadtbürgerschaft stellt fest, dass ein geeigneter Abstimmungsprozess der swb mit allen betroffenen Akteuren erforderlich ist, der sicherstellt, dass sämtliche eingebrachten Vorwände gegen Trassenvarianten und sämtliche eingebrachten Alternativvorschläge umfassend erörtert und in die weiteren Planungen mit einbezogen werden.

5. Die Stadtbürgerschaft spricht sich dafür aus, dem Baumschutz eine hohe Priorität bei der Trassenauswahl einzuräumen und bei unvermeidbaren Baumfällungen umfangreiche Kompensationsmaßnahmen möglichst ortsnah zu vorzunehmen.
6. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, im Zuge sämtlicher Baumaßnahmen eine umfassende Baustellenkoordination sicherzustellen, um die Staugefahr möglichst gering zu halten.

Dr. Maike Schaefer, Ralph Saxe, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Jens Crueger, Antje Grotheer, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD